

NOTHAUSHALT

Grüne fordern Sondersitzung

23.05.2014 | 19:19 Uhr



Rat Hilchenbach in der Florenburgschule

Foto: Steffen Schwab

Bürgermeister Hans-Peter Hasenstab scheint etwas geahnt zu haben. Am Mittwoch hatte er, vier Tage vor der Kommunalwahl, den Rat zu seiner 35. Sitzung begrüßt — „die letzte, wenn nichts mehr dazwischen kommt“. Am Freitag hat die Grünen-Fraktion eine außerordentliche Ratssitzung beantragt, „um Schaden von der Stadt abzuwenden.“

Der Rat soll erneut, somit zum dritten Mal, über die Vorlage zur Abwendung des Nothaushalts abstimmen. Darin geht es unter anderem um die — ab 2015 – jährliche Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuerhebesätzen um je zehn Prozentpunkte.

In dem Antrag, der die Überschrift „Macht unsere Stadt nicht kaputt“ trägt, weist Dr. Peter Neuhaus (Grüne) auf die bereits eingetretenen Folgen der Abstimmung vom Mittwoch hin: Der Familientag wurde abgesagt, dem Familienbüro droht die Schließung. Auch Ferienangebote und das Young-Stage-Projekt „stehen auf der Kippe“, warnen die Grünen. Schuld daran sei die „unverantwortliche Verweigerungshaltung“ von SPD, CDU und FDP.

SPD, CDU und FDP wehren sich

Die drei Fraktionen wehren sich: „Völlig voreilig“ wäre eine Steuererhöhung; noch stünden Jahresabschlüsse aus, in denen Gewinne zu erwarten seien. „In keiner Weise nachvollziehbar“ sei es, dass vier Tage vor der Kommunalwahl das Thema zum Tagesordnungspunkt gemacht wurde — „eine Terminierung, die einzig und allein mit der Zielsetzung verbunden war, wenige Tage vor der Kommunalwahl noch Einfluss auf das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger zu nehmen.“ Die drei Fraktionen weiter: „Wenn daher zur Zeit Schaden angerichtet wurde und zum Beispiel die Schulsozialarbeit und das Familienbüro gefährdet sein sollten, dann nicht durch den Ratsbeschluss, sondern durch die nebulöse Terminierung.“ Und: „Wir bedauern dieses gezielte Taktieren kurz vor der Wahl sehr.“

Bürgermeister Hans-Peter Hasenstab will am Montag entscheiden, wann er den Rat einberuft. Die Grünen haben gefordert, dass ein Vertreter der Bezirksregierung daran teilnimmt. Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung muss Hasenstab „unverzüglich“ einladen. Die Wahlperiode des amtierenden Rates endet am 31. Mai. Allerdings bleiben die Stadtverordneten auch darüber hinaus so lange im Amt, bis sich der neue Rat konstituiert hat. Dessen erste Sitzung ist derzeit für den 25. Juni terminiert.